VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

verbraucherzentrale Bundesverband

Ausgabe 18 | 2. bis 15. Oktober 2017

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

1. EU-Kommission plant Paket zur Reform der Verbraucherrechte

In ihrer Rede vom 28. September 2017 kündigte die EU-Kommissarin für Justiz und Verbraucherschutz, Věra Jourová, für 2018 ein Paket zur Reform der Verbraucherrechte an. Dieses Paket ist das Ergebnis des REFIT Programms (Regulatory Fitness and Performance Programm) mit dem die EU-Gesetzgebung effizienter und effektiver gestaltet werden soll. Angesichts des Dieselskandals sei es besonders dringlich, den kollektiven Rechtsschutz zu verbessern. In einem ersten Schritt werde die Kommission die Umsetzung ihrer „Empfehlung über gemeinsame Grundsätze für kollektive Unterlassungs- und Schadensersatzverfahren“ vom 11. Juni 2013 bewerten. Dieser Bericht sei für November 2017 vorgesehen. Es könne aber bereits gesagt werden, dass die Wirkungen der Empfehlung sehr bescheiden waren. Aus Verbrauchersicht enttäuschend ist jedoch, dass die EU-Kommission nur plant, die Unterlassungsklage-Richtlinie zu erweitern, nicht jedoch weitergehende Maßnahmen zu ergreifen. Ferner solle die alternative Streitbeilegung gefördert werden.

https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2014-2019/jourova/announcements/speech-commissioner-jourova-release-us-chamber-institute-legal-reforms-consumer-public-opinion-poll_en

Impressum

Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.

Markgrafenstraße 66

10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel

Isabelle Buscke

isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter nehmen wir gerne entgegen.

2. Evaluierung der EU-Exekutivagentur für Verbraucher

Die EU-Kommission hat am 4. Oktober 2017 ihre Pläne („Roadmap“) zur Halbzeitbewertung der Tätigkeit der „Exekutivagentur für Verbraucher, Gesundheit, Landwirtschaft und Lebensmittel (CHAFEA)“ vorgelegt. Interessierte können bis zum 1. November 2017 Beiträge einreihen. Im Rahmen der Halbzeitbewertung soll überprüft werden, ob die Agentur effektiv arbeitet oder ob Reformbedarf besteht. CHAFEA ist eine in Luxemburg ansässige EU-Agentur zur Verwaltung der EU-Programme für Verbraucher, Gesundheit, Landwirtschaft und Lebensmittel.

http://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2017-4843509_en

http://ec.europa.eu/chafea/

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

1. Österreich klagt gegen deutsche PKW-Maut

Die österreichische Regierung hat am 12. Oktober 2017 beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg Klage gegen die ab 2019 in Deutschland geltende PKW-Maut eingereicht. In ihrer Begründung verweist sie darauf, dass Nichtansässige diskriminiert würden. Daran ändere auch der Öko-Bonus nichts.

„Die deutsche Maut ist eine Ausländer-Maut. Deutsche zahlen nicht, weil sie Deutsche sind, Österreicher zahlen, weil sie Österreicher sind. Das lassen wir uns nicht gefallen. Darum machen wir jetzt Ernst und klagen vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die deutsche Maut", so Verkehrsminister Jörg Leichtfried.

Das Verfahren beim Europäischen Gerichtshof hat keine aufschiebende Wirkung. Es kann bis zu zwei Jahre dauern. Die deutschen Maut-Pläne können somit weiterverfolgt werden. Erwartet wird, dass sich die neue niederländische Regierung dem Verfahren anschließt.

https://www.bmvit.gv.at/presse/aktuell/nvm/2017/1012OTS0061.html

https://infothek.bmvit.gv.at/assets/uploads/2017/03/GA_Obwexer_Maut-Wichtigste-Aussagen.pdf (Gutachten Obwexer, Auszüge)

2. Keine Quote für Elektroautos

Zu neuen CO2-Standards für Autos und Kleintransporter wird die EU-Kommission im November 2017 einen Vorschlag für die Zeit nach 2020 vorlegen. „Die Kommission wird kosteneffektive und technologisch neutrale Lösun-

gen vorlegen und wird keine Quote für Elektroautos vorschlagen. Die EU-Gesetzgebung war immer technologieneutral und wird dies auch in Zukunft bleiben“, so die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland.

https://ec.europa.eu/germany/news/20171012-gemeinsame-eu-produktion-von-batteriezellen-keine-quote-elektroautos_de

3. Europaabgeordnete kritisieren mangelnden Schutz von Fluggästen bei Flugausfällen

Das Europäische Parlament führte am 4. Oktober 2017 eine Aussprache über die Flugstornierungen bei Ryanair. In der Debatte mit EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc wiesen viele Abgeordnete darauf hin, dass die Fluggäste keine vollständigen Informationen über die Erstattungsregelungen und das gesamte Angebot der Möglichkeiten zur Reisefortsetzung erhalten hätten. Unternehmen, die gegen entsprechende Vorschriften verstoßen, sollten zur Rechenschaft gezogen werden, fügten sie hinzu. Einige forderten wirksamere Sanktionen. Mehrere Abgeordnete forderten den EU-Ministerrat nachdrücklich auf, die festgefahrenen Beratungen zur Überarbeitung der Vorschriften über die Fluggastrechte fortzusetzen und Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament aufzunehmen. Der Standpunkt des Europäischen Parlaments liegt seit 2014 vor.

http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20171002IPR85134/ryanair-abgeordnete-wollen-besseren-schutz-der-fluggast-und-arbeitnehmerrechte

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

EU-Kommission mahnt zu Vollendung der Bankenunion bis 2018

Die Kommission hat am 11. Oktober 2017 Pläne vorgelegt, um die Bankenunion zu komplettieren. Dazu gehören neue Maßnahmen, mit denen notleidende Kredite abgebaut und Geldinstitute dabei unterstützt werden sollen, ihre Investitionen in Staatsanleihen zu diversifizieren. Gleichzeitig legt die Kommission einige Vorschläge vor, um Fortschritte in den Beratungen des Europäischen Parlaments und des Rates über ein europäisches Einlagenversicherungssystem (EDIS) zu erleichtern. Die Kommission ruft ferner das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten auf, ihre Vorschläge zur Verringerung der Risiken und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Banken in der EU so rasch wie möglich anzunehmen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20171011bankenunion_de

https://ec.europa.eu/info/publications/171011-communication-banking-union_en

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. Keine Befreiung von Öko-Kontrollen für Online-Händler

Die sogenannte Ökoverordnung schreibt den Mitgliedstaaten die Einführung eines Kontrollsystems für die Einhaltung der Ökokriterien vor. Sie können jedoch Unternehmer, die Erzeugnisse direkt an Endverbraucher verkaufen, davon befreien. Der Europäische Gerichtshof entschied jedoch am 12. Oktober 2017, „dass Erzeugnisse nur dann im Sinne dieser Bestimmung „direkt“ an den Endverbraucher oder -nutzer verkauft werden, wenn der Verkauf unter gleichzeitiger Anwesenheit des Unternehmers oder seines Verkaufspersonals und des Endverbrauchers erfolgt“. Für den Online-Handel gilt diese Ausnahme daher nicht.

In dem Verfahren vor dem Bundesgerichtshof beanstandet die Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs Frankfurt am Main, dass die Kamin und Grill Shop GmbH, die einen Internetversandhandel für Kamin- und Grillbedarf, darunter auch „Bio-Gewürze“, betreibt, zum damaligen Zeitpunkt keinem Kontrollsystem angeschlossen war.

http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-289/16

2. Anerkennung ökologischer/biologischer Erzeugnisse aus Chile

Der EU-Ministerrat bestätigte am 9. Oktober 2017, nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, einen Beschluss über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union (EU) und der Republik Chile über den Handel mit ökologischen/biologischen Erzeugnissen. Die neuen Bestimmungen beruhen auf dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung der entsprechenden Vorschriften und Kontrollsysteme für den ökologischen/biologischen Landbau. Hierzu gehört die Anerkennung der jeweiligen Öko-/Bio-Siegel. Die EU erkennt unverarbeitete pflanzliche Erzeugnisse, Honig, verarbeitete landwirtschaftliche Erzeugnisse an, die zur Verwendung als Lebensmittel bestimmt sind (einschließlich Wein), vegetatives Vermehrungsgut und Saatgut für den Anbau.

Das Abkommen mit Chile ist das erste Abkommen, das zu einer „neuen Generation" von Abkommen über den Handel mit ökologischen/biologischen Erzeugnissen gehört und das eine bilaterale Anerkennung mit einem lateinamerikanischen Land vorsieht. Das Abkommen regelt die Zusammenarbeit, den

Informationsaustausch und die Beilegung von Streitigkeiten im Handel mit ökologischen/biologischen Erzeugnissen.

http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/10/09-eu-chile-greement-organic-products/

http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5530-2017-INIT/de/pdf (Ratsbeschluss)

http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5551-2017-INIT/de/pdf (Abkommen)

3. Europäische Parlament lehnt Zulassung von Gensoja ab

Das Europäische Parlament wandte sich am 4. Oktober 2017 gegen die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die gentechnisch veränderte Sojabohnen der Sorten FG72 × A5547-127 und DAS-44406-6 enthalten. Das Parlament verweist auf kritische Anmerkungen wonach aus den vorgelegten Daten zur Risikoeinschätzung keine ausreichenden Informationen hervorgingen, mit denen nachteilige Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier eindeutig ausgeschlossen werden können. Das Votum des Parlaments ist jedoch nicht bindend. Die EU-Kommission kann die entsprechenden Durchführungsrechtakte erlassen, wenn die Vertreter der EU-Mitgliedstaaten sich nicht mit qualifizierter Mehrheit dagegen aussprechen.

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2017-0378+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2017-0377+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE

4. Neue Regelungen zu guten Herstellungspraktiken im Arzneimittelbereich

Die EU-Kommission hat neue Regelungen zur „Guten Herstellungspraxis für Humanarzneimittel“ erlassen. Dabei geht es vor allem um Regelungen zu Inspektionen, Anforderungen an pharmazeutische Qualitätssysteme, Personal, Räumlichkeiten und Ausrüstung von Pharmaproduzenten.

http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32017L1572&from=DE

http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32017R1569&from=EN

5. Senkung des Acrylamidgehalts in Lebensmitteln

Der EU-Ministerrat erhob am 9. Oktober 2017 keine Einwände gegen die Verordnung der EU-Kommission zur Festlegung von Risikominderungsmaßnahmen und Benchmarks für die Senkung des Acrylamidgehalts in Lebensmitteln.

http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11651-2017-INIT/de/pdf

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

1. EU-Ministerrat bereit zu Gesprächen mit Europäischem Parlament über neue EU-Telekommunikationsvorschriften

Der EU-Ministerrat hat am 11. Oktober 2017 dem estnischen Vorsitz das allgemeine Mandat erteilt, Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über neue Vorschriften für den Bereich der elektronischen Kommunikation aufzunehmen. Das vorgeschlagene Bündel von Vorschriften, der Europäische Kodex für die elektronische Kommunikation, deckt eine große Bandbreite von Bereichen ab, von Verbraucherrechten über den Netzzugang für Betreiber bis zur Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Frequenzverwaltung.

Das Mandat des EU-Ministerrates erweitert den Erfassungsbereich elektronischer Kommunikationsdienste, um der wachsenden Bedeutung der über Internet bereitgestellten Dienste (auch "Over-the-top-Dienste" oder "OTT-Dienste" genannt), zu denen VoIP, Nachrichtenanwendungen (Messaging Apps) und E-Mail zählen, Rechnung zu tragen. Es handelt sich hier um eine wesentliche Änderung im Vergleich zu den geltenden Vorschriften, die nur für herkömmliche Dienste in Verbindung mit einer bestimmten Teilnehmernummer – wie etwa Textnachrichten (SMS) sowie Festnetz- und Mobilfunkgespräche – gelten.

Erste Gespräche mit dem Europäischen Parlament werden voraussichtlich Ende Oktober 2017 stattfinden, sofern das Parlament dies auf seiner nächsten Plenartagung bestätigt.

http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/10/11-new-eu-telecoms-rules/ (Link zu Verhandlungsmandat)

2. Kostenlose Internet-Hotspots für alle

Der EU-Ministerrat billigte am 9. Oktober 2017, nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, den Vorschlag für ein Pilotprojekt für kostenlosen Internet-

zugang an öffentlichen WLAN-Zugangspunkten („WiFi4EU“). Ein leicht erkennbares mehrsprachiges WiFi4EU-Portal soll spätestens 2020 Zugang zu einer sicheren Hochgeschwindigkeitsverbindung in mindestens 6 000 Kommunen in der gesamten Europäischen Union bieten. Gemeindeverwaltungen, Krankenhäuser und andere öffentliche Stellen können Finanzmittel für die Einrichtung neuer WLAN-Zugangspunkte beantragen, wenn diese sich nicht mit bestehenden und vergleichbaren Angeboten für Internetverbindungen am selben Ort überschneiden. Die öffentliche Stelle muss ferner zusagen, den neuen Zugang mindestens drei Jahre lang beizubehalten. Die EU-Kommission wird die Auswahlkriterien im Einzelnen festlegen und das System auch verwalten.

http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/10/09-free-wifii4eu-internet-hotspots/

http://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-28-2017-INIT/de/pdf

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

Beschränkungen für gefährliche Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten

Das Europäische Parlament billigte am 3. Oktober 2017 eine Änderung der EU-Richtlinie zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten. Durch diese Änderung sollten insbesondere Sekundärmarkttätigkeiten für Elektro- und Elektronikgeräte erleichtert werden. Hierzu gehören Reparaturen, Austausch von Ersatzteilen, Nachrüstung und Wiederverwendung sowie Nachbesserung. Es sollte ein hohes Maß an Gesundheits- und Umweltschutz gewährleistet werden, auch durch umweltgerechte Verwertung und Beseitigung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten. Der EU-Ministerrat muss der Vorlage noch zustimmen. Dies gilt als Formsache, da sich die Institutionen bereits informell geeinigt haben.

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2017-0362+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE

verbraucherzentrale
Bundesverband

TERMINVORSCHAU

Rat

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (16. Oktober 2017)

Reform der Bankenaufsicht.

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft" (17. Oktober 2017)

Freier Fluss von nichtpersonenbezogenen Daten in der EU.

Ratsarbeitsgruppe „Geistiges Eigentum – Urheberrecht“ (17./18. Oktober 2017)

Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt; Urheberrecht bei Rundfunkübertragungen.

Ratsarbeitsgruppe „Landverkehr“ (17. Oktober 2017)

Rechte der Bahnreisenden.

Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (17. Oktober 2017)

Elektrizitätsregulierung.

Ratsarbeitsgruppe „Gesundheitswesen“ (18. Oktober 2017)

Entwurf von Schlussfolgerungen zu grenzüberschreitenden Aspekten der Alkoholpolitik –Bekämpfung des schädlichen Konsums von Alkohol.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (18. Oktober 2017)

Reform der europäischen Finanzaufsichtsbehörden.

Ratsarbeitsgruppe „Technische Harmonisierung" – Kraftfahrzeuge“ (18. Oktober 2017)

Marktüberwachung für Kraftfahrzeuge (Vorbereitung des nächsten informellen Trilogs).

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft" (18. Oktober 2017)

Datenschutz bei der elektronischen Kommunikation.

Europäischer Rat (19./20. Oktober 2017)

Digitaler Binnenmarkt; Nutzung der Chancen der Digitalisierung.

Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (19. Oktober 2017)

Elektrizitätsregulierung.

Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (23. Oktober 2017)

Beschränkung des Einsatzes gefährlicher Stoffe in Elektrogeräten und elektronischen Geräten; Sicherheitsregeln für Passagierschiffe.

Ad-hoc-Gruppe „Stärkung der Bankenunion“ (23. Oktober 2017)

Europäische Einlagensicherung.

Ratsarbeitsgruppe „Wein und Alkohol“ (23. Oktober 2017)

Kennzeichnung alkoholischer Getränke.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (23. Oktober 2017)

Reform der Bankenaufsicht.

Ratsarbeitsgruppe „Verbraucherschutz und -information" (23. Oktober 2017)

Arbeitsgruppe der Welttourismusorganisation der Vereinten Nationen (UNWTO) zu den Rechten und Pflichten der Anbieter von Reisedienstleistungen.

Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie (24. Oktober 2017)

Umsetzung der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt (Aussprache); Cybersicherheit (Aussprache); Internetzugang der nächsten Generation (Informationen des Vorsitzes); Elektronische Behördendienste (Informationen des Vorsitzes).

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (24. Oktober 2017)

Clearingverpflichtung bei nicht börsengehandelten Derivaten.

Ratsarbeitsgruppe „Versicherungen“ (27. Oktober 207)

Europäisches Altersvorsorgeprodukt.

Europäisches Parlament

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (19. Oktober 2017)

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Achtung des Privatlebens und den Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation (Abstimmung).

Plenum (23. bis 26. Oktober 2017)

Arbeitsprogramm der Kommission für 2018 - Erklärung der Kommission; Gesamthaushaltsplan der EU für das Haushaltsjahr 2018 – alle Einzelpläne; Verbriefung von Forderungen und Aufsichtsanforderungen; Verhandlungsmandate für Handel mit Australien und Neuseeland; Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts im Jahr 2015; Frühwarnsystem und Risikobewertungsverfahren für neue psychoaktive Substanzen; Kontrollmaßnahmen für Furanylfentanyl; Reflexionspapier über die Zukunft der EU-Finanzen.

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (18. Oktober 2017)

Bericht der Kommission über die jährliche Überprüfung der Funktionsweise des Datenschutzschildes EU-USA; Empfehlung für einen Beschluss des Rates zur Aufnahme von Verhandlungen zwischen der EU und Kanada über ein Abkommen zur Übermittlung der Daten von Flugpassagieren.

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (24. Oktober 2017)

Arbeitsprogramm der Kommission für 2018.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Plenum (18./19. Oktober 2017)

Landnutzung für eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion und nachhaltige Ökosystemleistungen (Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des estnischen Ratsvorsitzes); Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen durch die EU (Initiativstellungnahme); Halbzeitbewertung des digitalen Binnenmarkts (Mitteilung); Kapitalmarktunion: Halbzeitüberprüfung (Mitteilung); Europaweites privates Altersvorsorgeprodukt; Austausch und Schutz personenbezogener Daten in einer globalisierten Welt (Mitteilung); Interoperabilität elektronischer Mautsysteme; Eine saubere, wettbewerbsfähige und vernetzte Mobilität für alle (Mitteilung); Bericht über die Wettbewerbspolitik 2016; Übergang zu einer nachhaltigeren Zukunft Europas – Eine Strategie für 2050 (Initiativstellungnahme); Neue nachhaltige Wirtschaftsmodelle (Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen der Kommission.

Europäischer Gerichtshof

Schlussanträge in den verbundenen Rechtssachen C-274/16t, C-447/16 und C-448/16 (19. Oktober 2017)

verbraucherzentrale
Bundesverband

Gerichtliche Zuständigkeit für Fluggastrechte bei gestaffelten Flügen.

Schlussanträge in der Rechtssache C-210/16 (24. Oktober 2017)

Datenschutzrechtliche Verantwortung für Facebook-Fanpage.

Urteil in der Rechtssache C 90/16 (26. Oktober 2017)

Ist Bridge „Sport“ im Sinne des Mehrwertsteuerrechts?

Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-632/16 (26. Oktober 2017)

Energieverbrauchskennzeichnung von Staubsaugern.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von
Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)